

Nr. 21/186

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Förderprogramme und Fördermittel
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. Februar 2024
(Drucksache [21/284](#))
2. Wie gestaltet Bremen seinen Beitrag zur Beendigung von Wohnungs-
und Obdachlosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2030?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2024
(Drucksache [21/295](#))
3. Gesundheitsvorsorge bei Kindern: Wie steht es um die Teilnahme an U-
Untersuchungen im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2024
(Drucksache [21/296](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. April 2024
(Drucksache [21/397](#))

Nr. 21/187

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU:
„Steigende Kriminalität in Bremen – Ursachen – Auswirkungen – Auswege“

2. auf Antrag der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland:

„Mehr Geld aber keine Ergebnisse: Bremens Bildungspolitik bricht zusammen!“

3. auf Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und Fraktion der FDP:

„Umschlageinbruch im Hafen – Wie widerstandsfähig sind Bremens Häfen?“

4. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die vatikanische Grundsatz-Erklärung ‚Dignitas Infinita‘ verletzt die Menschenwürde – auch Abtreibungen, Leihmutterchaften und Geschlechtsanpassungen verdienen Respekt“

Nr. 21/188

**Nationale Hafenstrategie in gemeinsamer Verantwortung umsetzen:
Bund-Länder-Stab einsetzen, Finanzierung absichern!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE und der CDU vom 16. April 2024

(Drucksache [21/395](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 20. März 2024 zur Nationalen Hafenstrategie, deren strategische Zielsetzungen und Maßnahmen sowie das Bekenntnis des Bundes zur gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der deutschen See- und Binnenhäfen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die deutschen Seehäfen systemrelevant sind und der Bund eine Beteiligung an der Finanzierung der Maßnahmen der Nationalen Hafenstrategie absichern muss.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. auf Bundesebene auf die zügige Einsetzung eines Bund-Länder-Stabs hinzuwirken, in dessen Rahmen Finanzierungsfragen sowie Möglichkeiten zur Planungsbeschleunigung und einer vertieften Hafenkooperation diskutiert und konkrete Lösungen erarbeitet werden,
2. sich auf Bundesebene für die Erstellung eines Konzepts zur Finanzierung der Maßnahmen der Nationalen Hafenstrategie einzusetzen, das mit dem Bundeshaushalt 2025 wirksam wird,

3. zeitnah Planungs- und Antragsreife für bremische Hafeninfrastrukturprojekte von nationaler Bedeutung herzustellen und sich beim Bund für eine angemessene Kofinanzierung einzusetzen,
4. dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen im dritten Quartal 2024 zum aktuellen Sachstand zu berichten.

Nr. 21/189

Bürger:innen entlasten: Ein neuer digitaler Bürger:innenservice für Bremen und Bremerhaven

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 27. November 2023
(Drucksache [21/183](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 16. Januar 2024
(Drucksache [21/238](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein neues Service-Portal (Plattform als „Single Point of Contact“) zu schaffen, auf dem in Zukunft das gesamte Leistungsportfolio der digitalen Verwaltungsdienstleistungen übersichtlich, barrierefrei und mehrsprachig für die Menschen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven nutzer:innenfreundlich und aus einem Guss zur Verfügung gestellt wird;
2. bei der hierfür notwendigen Überarbeitung der Software-Ergonomie sicherzustellen, dass die Navigation für Bürger:innen noch einfacher und intuitiver gestaltet wird, indem unter anderem alle digitalen Leistungen und Online-Anträge einheitlich strukturiert nach Lebenslagen in wenigen Klicks erreichbar sind und weiter online bearbeitet werden können, möglichst nach dem Once-Only-Prinzip, also dergestalt, dass staatliche Stellen Daten und Nachweise, welche bereits vorliegen, einfach und sicher austauschen können, damit Bürger:innen die erforderlichen Informationen nur noch einmalig übermitteln müssen;

3. für die vollständige Digitalisierung besonders wichtiger Dienstleistungen und Antragsverfahren ein Fast-Track-Programm aufzulegen und anhand verbindlicher Teilprojekte und konkreter Meilensteine Ressorts übergreifend besonders zu steuern mit dem Ziel, schnell zu deutlichen Verfahrensvereinfachungen zu kommen sowie sichtbare Veränderungen und Verbesserungen für die Menschen zügig spür- und messbar zu machen; zu den besonders wichtigen Dienstleistungen zählen: Ausweis- und Meldeangelegenheiten, Baugenehmigungs- und Wohngeldantragsverfahren sowie Kinder- und Familiendienstleistungen;
4. für ein zentrales Bürger:innenkonto für alle Online-Anträge sowie für ein sicheres und praktikables Anmeldeverfahren zu sorgen und hierfür die Nutzung der eID-Funktion des neuen Personalausweises, der BundID und der elektronischen Identifikation über Online-Bankkonten sicherzustellen. Damit alle Bürger:innen noch einfacher nicht nur Leistungen aus Bremen und Bremerhaven, sondern insbesondere auch von Bundesbehörden in Anspruch nehmen können, ist das Bremer Bürger:innenkonto (Servicekonto) in das neue gemeinsame, bundesweit einheitliche BundID-Konto (Nutzerkonto des Bundes) zu überführen;
5. eine Möglichkeit für die Menschen in Bremen und Bremerhaven zu schaffen, den Fortgang ihrer Anfragen und Verwaltungsangelegenheiten online zu verfolgen, um damit einerseits sowohl die Anzahl als auch den Aufwand von Rückfragen zum Bearbeitungsstand zu reduzieren sowie andererseits Verwaltungshandeln für die Bürger:innen noch transparenter zu machen;
6. ein Konzept vorzulegen für ein digitales Bürgeramt als innovatives, neues Angebot; das digitale Bürger:innenamt soll dabei helfen, Behördengänge zu ersparen und das Serviceangebot ergänzen, indem unter anderem alle online verfügbaren Dienstleistungen für Bürger:innen, ein ergänzender digitaler Austausch sowie die Erläuterung von Anträgen zum Beispiel mit Hilfe eines neuen, virtuellen Beratungsservice dort angeboten werden; hierbei sind geeignete Lösungen aus anderen Bundesländern und Kommunen wie zum Beispiel das, in Zusammenarbeit mit SAP entwickelte, virtuelle Bürger:innenamt der Stadt Heidelberg und andere Projekte, die ihre Wirksamkeit in der praktischen Anwendung bereits unter Beweis stellen konnten, hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit und mit Blick auf geeignete Implementierungsstrategien für Bremen und Bremerhaven darzustellen;
7. für die Umsetzung der Punkte 1 bis 6 nach Möglichkeit Open-Source-Lösungen zu nutzen oder zu entwickeln und auf die Nutzung von Open-Source-Software im Austausch mit anderen Landes- und Bundesbehörden hinzuwirken;

8. vorhandene Prozesse im Sinne der Produktivität zur Reduzierung von Vor-Ort-Terminen zu optimieren;
9. auch weiterhin nicht digitale Zugangswege zu öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die aus unterschiedlichen Gründen digitale Angebote nicht wahrnehmen können;
10. dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung und im Anschluss fortlaufend regelmäßig zu berichten.

Nr. 21/190

Endometriose: Was tut der Senat zur Verbesserung der Versorgungssituation?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Dezember 2023
(Drucksache [21/218](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024

(Drucksache [21/252](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/191

Endometriose: Öffentliche und fachliche Wahrnehmung verbessern

Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. März 2024
(Drucksache [21/321](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/192

Medizin und gesundheitliche Vorsorge verbessern – Forschungsdefizite zu Frauen und weiblichen Körpern aufholen

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. April 2024
(Drucksache [21/403](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für die Verstärkung und Ausweitung von Bundessubventionen für Forschungsprojekte und insbesondere interdisziplinäre Verbände zur Erforschung von Pathomechanismen der Endometriose einzusetzen;
2. sich für ein bundesweites Programm zur Aufklärung über Menstruationsbeschwerden und Endometriose einzusetzen und sich an diesem zu beteiligen;
3. eine Auflistung zu erstellen, inwiefern bereits geschlechter- und gendersensible Forschung im Gesundheitswesen an Universitäten und Hochschulen im Land Bremen gefördert wird und zu prüfen welche weiteren Fördermöglichkeiten darüber hinaus etabliert werden können, um Forschung rund um Frauen-gesundheit zu fördern;
4. in Forschungsförderprogrammen gezielt Grundlagenforschung zur Möglichkeit der Repräsentation von allen Geschlechtern in Daten und datengetriebenen Anwendungen zu fördern;
5. die bei den Behörden in seinem Zuständigkeitsbereich bestehenden Datensätze zu Gesundheit auf einen geschlechts- und genderspezifischen Bias hin zu prüfen und diesen durch die Erhebung zusätzlicher Daten zu korrigieren, wenn dies möglich ist;
6. zu prüfen, inwieweit das Thema geschlechts- und gendersensible Gesundheit und insbesondere Endometriose auch Gegenstand von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte sein kann;
7. gemeinsam mit der Ärztekammer Bremen zu prüfen, inwieweit das Thema Endometriose – entsprechend dem aktuellen Stand der Forschung – in Fort- und Weiterbildung für Ärzt:innen sowie weiteres medizinisches Fachpersonal angeboten wird und dieses Angebot gegebenenfalls (weiter) zu entwickeln;
8. zu prüfen, inwieweit geschlechtersensible Medizin und gesundheitliche Vorsorge in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung für Ärzt:innen und für weiteres Fachpersonal im Gesundheitswesen beinhaltet sind, und sich gegebenenfalls dafür einzusetzen, dass diese künftig berücksichtigt werden;
9. der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über die Umsetzung zu berichten.

Nr. 21/193

Mehr Partizipation von Seniorenvertretungen wagen! Seniorenmitwirkungsgesetz Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. Januar 2024

(Drucksache [21/237](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 21/194

Gemeinsam stark für Selbstbestimmung und Teilhabe im Alter: Weiterentwicklung und Stärkung der Mitwirkung der Senior:innen am gesellschaftlichen Leben im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 16. April 2024

(Drucksache [21/393](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erkennt die Landessenorenvertretung als politische Partnerin in der Interessensvertretung für alle älteren Menschen im Land Bremen an und spricht sich dafür aus, die Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Senior:innen im Land Bremen zu stärken.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, gemeinsam mit der Seniorenvertretung im Land Bremen, Maßnahmen zu entwickeln, die die Stärkung der Seniorenvertretung in ihrer Rolle als beratende Akteurin gegenüber Politik und Verwaltung verfolgen, und dabei insbesondere folgende Punkte in den Blick zu nehmen:
 - a) Gründung einer mindestens zweimal pro Legislaturperiode tagenden Landessenior:innenkonferenz bestehend aus der Landessenorenvertretung, den für Senior:innen- und Pflegepolitik zuständigen Senatsmitgliedern, Mitgliedern des Bremerhavener Magistrats und den senior:innenpolitischen Sprecher:innen der Bürgerschaftsfraktionen zum Zweck der gemeinsamen Beratung von senior:innenpolitischen Anliegen und Vorhaben sowie deren Umsetzung;

- b) Prüfung von Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit und Verbesserung der Vernetzung zwischen den Ortsämtern und der bremischen Seniorenvertretung, um die bessere Berücksichtigung von senior:innenspezifischen Themen auf der Beiratsebene zu gewährleisten;
 - c) Stärkung der repräsentativen Zusammensetzung der Landesseniorenvertretung und des Vorstands der bremischen Seniorenvertretungen hinsichtlich gelebter Vielfalt im Alter, insbesondere mit Blick auf Geschlechter und Migrationsgeschichte durch eine Weiterentwicklung der Statuten;
 - d) Maßnahmen zur Stärkung der Sichtbarkeit der bremischen Seniorenvertretung bei der älteren Bevölkerung und der öffentlichen Kommunikation ihrer Angebote und Tätigkeiten;
 - e) Prüfung einer gesetzlichen Festschreibung von Mitwirkungsrechten in Anlehnung an die Stadtstaaten Hamburg und Berlin.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration sechs Monate nach Beschlussfassung einen Bericht über die Ausgestaltung der Landessenior:innenkonferenz und die Entwicklung von Maßnahmen hinsichtlich des zweiten Beschlusspunkts vorzulegen.

Nr. 21/195

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025; Finanzplanung 2023 bis 2027

Mitteilung des Senats vom 2. April 2024

(Drucksache [21/360](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschl. der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und

Entwicklungszusammenarbeit, den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung, den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und den staatlichen Controllingausschuss sowie an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung, die staatliche Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz, die staatliche Deputation für Inneres, die staatliche Deputation für Kultur, die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration, die staatliche Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft, die staatliche Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung, die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen, die staatliche Deputation für Arbeit und die staatliche Deputation für Sport.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Finanzplan 2023 bis 2027 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 21/196

Haushaltsdisziplin auch in schwierigen Zeiten – ein Bekenntnis zur soliden Haushalts- und Finanzpolitik

Antrag der Fraktion der FDP

vom 9. April 2024

(Drucksache [21/367](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/197

Fragestunde

1. Gesundheitliche Risiken durch Hot-Chips-Mutproben

Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. März 2024

2. Zweihundertjahrfeier in Bremerhaven ohne Bahnverbindung?

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

3. Welches Selbstverständnis hat der „Willkommensservice“ der WFB für ausländische Fachkräfte?

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Theresa Gröninger, Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

4. „Zeigen Sie nicht, was Sie haben“ – Findet der Senat die Polizeikampagne angebracht?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

5. Ist das Bremische Polizeigesetz verfassungswidrig?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 7. März 2024

6. Testfeld für die autonome Binnenschifffahrt

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Das Mercosur-Freihandelsabkommen - Jüngst erklärt die französische Regierung die EU-Verhandlungen zum Mercosur-Freihandelsabkommen als gescheitert

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

8. Weiterentwicklung und Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie

Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2024

9. Internationaler Studiengang Pflege

Anfrage der Abgeordneten Janina Strelow, Arno Gottschalk, Ute Reimers Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. März 2024

10. Auswirkungen der konjunkturellen Eintrübung auf den Arbeitsmarkt in den Ingenieur- und Informatikerberufen in Bremen

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024

11. Wie demenzsensibel ist die Krankenhausversorgung im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 7. März 2024
12. Wertstoffe nach Feuerbestattungen
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 7. März 2024
13. Steuerprüfungen bei Millionär:innen
Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. März 2024
14. Kulturpass – wird dieser in Bremen und Bremerhaven genutzt?
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2024
15. Untätigkeitsklagen gegen die verschiedenen Fachbereiche und Ämter des Sozialressorts in Land und Kommune
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. März 2024
16. Öffentliche Schutzräume im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 12. März 2024
17. Bearbeitungsdauer von Akteneinsichtersuchen bei der Bremer Polizei
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024
18. Unterstützung des Geothermie-Ausbaus in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Martin Michalik, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024
19. „Verständlichkeit und Leichte Sprache“ in § 11 des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG)
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. März 2024

20. Entwicklung von Umschlag und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 13. März 2024
21. Mehrausgaben für Beamte wegen Bürgergeldhöhung
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 13. März 2024
22. „Digitaler Gewerbesteuerbescheid“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Jens Eckhoff, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 19. März 2024
23. Warum kann die Mobilitätssenatorin die einfachsten Fragen zum Deutschlandticket nicht beantworten?
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 26. März 2024
24. Zeigt Bremen zur Fußball-EM Flagge?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. April 2024
25. Keine Doppelbesetzung für unsere Grundschulen?
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 2. April 2024
26. Berufsbezogene Sprachkurse ein Flop – auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 3. April 2024
27. Vorhaltung von Kapazitäten für den Bevölkerungsschutz bei den Verkehrsbetrieben in Bremen und Bremerhaven ab 2045?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 3. April 2024
28. Rechtsextremismusverdacht gegen Beamt:innen: Disziplinarverfahren in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 8. April 2024

29. Überfall durch einen Algerier

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis
Deutschland vom 8. April 2024

30. Herausforderungen und Ressourcenbelastung durch die Bearbeitung
eines zweiten Asylverfahren in Bremen nach Ablehnung von Dublin-
Überstellungen durch verschiedene EU-Staaten oder Ablauf von Fristen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion
der CDU vom 9. April 2024

31. Einsatz von Poolärzten im ärztlichen Bereitschaftsdienst der
Kassenärztlichen Vereinigung

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion
der FDP vom 9. April 2024

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung
der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/198

**Transformation braucht Mitbestimmung – Betriebsverfassungsgesetz
reformieren**

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. März 2024
(Drucksache [21/323](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich zeitnah im Bundesrat
und möglichst gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür einzusetzen,
dass

1. das Betriebsverfassungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode
reformiert wird;
2. dabei der Vorschlag des DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften
einbezogen wird (Betriebliche Mitbestimmung für das 21. Jahrhundert.
Gesetzesentwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz: 2022),
wobei insbesondere folgende Forderungen Beachtung finden sollen:
 - a) ein umfassender Kündigungsschutz im Prozess der
Betriebsratsgründung,
 - b) die Einstufung einer Behinderung der demokratischen
Mitbestimmung als Officialdelikt,

- c) weitere Anpassungen an die Digitalisierung der Arbeitswelt durch ein generelles Recht auf Hinzuziehung von externen Sachverständigen, ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften in die Betriebe und Nutzungsmöglichkeiten betrieblicher Kommunikationswege sowie der technischen Ausstattung des Arbeitsgebers, Mitbestimmung auch bei der Einführung von mobiler Arbeit und Verbesserungen beim Datenschutz der Beschäftigten,
 - d) die Bildung von Umwelt- und Gleichstellungsausschüssen,
 - e) ein Initiativ- und Mitbestimmungsrecht bei allen Fragen der quantitativen und qualitativen Personalplanung und Personalbemessung,
 - f) ein generelles Initiativ- und Mitbestimmungsrecht mit zwingendem Einigungserfordernis bei Fragen der Weiterbildung,
 - g) eine erweiterte Mitbestimmung beim Thema Künstliche Intelligenz: von der Planung über Rahmenfestlegungen bis zu einzelnen Maßnahmen,
 - h) Erweiterung des Geltungsbereiches der Mitbestimmung um arbeitnehmerähnliche Personen und Dienst- und Werkverträge;
3. die Beteiligung von Betriebsratsmitgliedern verschiedener Branchen hierbei gewährleistet wird.

Nr. 21/199

Betriebliche Mitbestimmung im digitalen Zeitalter erfordert Reformen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. April 2024

(Drucksache [21/394](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/200

Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Leitung der Landesantidiskriminierungsstelle

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 26. März 2024

(Drucksache [21/351](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/201

Wahl eines Schriftführers für den Vorstand

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Wahl des Abgeordneten Holger Fricke (Bündnis Deutschland) ab.

Nr. 21/202

Anpassung von Entschädigungsleistungen

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/358](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 21/203

Petitionsbericht Nr. 8

Bericht und Antrag
des staatlichen Petitionsausschusses
vom 5. April 2024
(Drucksache [21/366](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/204

Wahl eines Mitgliedes des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der Abgeordneten Antje Grotheer die Abgeordnete Sülmez **Çolak** zum Mitglied des Richterwahlausschusses.

Nr. 21/205

Gesetz zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes in der Freien Hansestadt Bremen (BremWindBGUG)

Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Drucksache [21/373](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 21/206

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. 14 026 unerledigte Strafverfahren bei der Bremer Staatsanwaltschaft –
der Senat muss jetzt gegensteuern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/124](#))
2. Einführung des Klimachecks für Senatsvorlagen
Mitteilung des Senats vom 17. November 2023
(Drucksache [21/174](#))
3. Unwissenheit oder tatsächliche zeitliche Probleme bei der
Informationsbeschaffung? Nachfragen zur Clankriminalität
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/128](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Neufassung der Drucksache [21/246](#) vom 17. Januar 2024)
(Drucksache [21/377](#))
4. Mangelnde Förderung und Unterstützung des Senats Bovenschulte für
den Fotovoltaik-Ausbau – verschläft Rot-Grün-Rot die Solarwende?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2023
(Drucksache [21/129](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2023
(Drucksache [21/222](#))
5. Berücksichtigung besonderer Schutzbedarfe bei der Unterbringung und
Umverteilung aus Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. November 2023
(Drucksache [21/151](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2024
(Drucksache [21/288](#))

6. Strafvollzug in Bremen: Wie steht es um die Bremer Justizvollzugsanstalten?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. November 2023
(Drucksache [21/152](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2024
(Drucksache [21/229](#))
7. Wissenschaftliche Kooperationen mit China auch im Land Bremen auf den Prüfstand stellen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. November 2023
(Drucksache [21/160](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024
(Drucksache [21/249](#))
8. Innovationsstrategie Bremen 2030 – Innovationen in Bremen: Strategien, Evaluation und Anpassungen für Fortschritt
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Dezember 2023
(Drucksache [21/200](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2024
(Drucksache [21/241](#))
9. Umfrage zur Arbeitszufriedenheit durchführen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Dezember 2023
(Drucksache [21/205](#))
10. Stand der Ausbildungssituation von Pflegekräften im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Dezember 2023
(Drucksache [21/220](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. März 2024
(Drucksache [21/311](#))
11. Lehrkräftearbeitszeit im Land Bremen – Sachstand und Ausblick
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Dezember 2023
(Drucksache [21/227](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2024

(Drucksache [21/289](#))

12. Stärkung eines zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatzes Schule für unsere Lehrkräfte
Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/267](#))
13. Nationale Ziele mit dem Energy Port realisieren: Vorrang für den Ausbau von Hafeninfrastruktur für die Energiewende schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/275](#))
14. Transformation finanzieren: Zentrale Koordinierungsstelle für Bundes- und EU-Förderprogramme schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/278](#))
15. 5. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
vom 24. März 2023
(Drucksache [20/1835](#))
16. Stellungnahme des Senats zum 5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2023
(Drucksache [21/3](#))
17. 5. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung
vom 8. Februar 2024
(Drucksache [21/280](#))
18. 17. Jahresbericht
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 24. März 2023
(Drucksache [20/1836](#))

19. Stellungnahme des Senats zum 17. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2023
(Drucksache [21/4](#))
20. 17. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit und Stellungnahme des Senats
Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung
vom 8. Februar 2024
(Drucksache [21/281](#))
21. Wie ernst nimmt der Senat den nicht gewaltorientierten Linksextremismus im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Januar 2024
(Drucksache [21/257](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/345](#))
22. Keine Steuergelder für menschenverachtende und demokratiegefährdende Aktivitäten – „Extremismusklausel“ für Zuwendungsempfänger einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2024
(Drucksache [21/286](#))
23. Make it in Bremen! Mit dem Welcome Center in die berufliche Zukunft starten
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 6. März 2024
(Drucksache [21/315](#))
24. Einsamkeit (K)ein Problem in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/268](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/346](#))

25. Klassenstärken an allgemeinbildenden Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/269](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/354](#))
26. Lehrer in Bremen – ein Teilzeitjob?
Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/276](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/355](#))
27. Umsetzung des Sozialraumprinzips im BTHG: Wie ist es um ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben für Menschen mit Behinderung im Land Bremen bestellt?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2024
(Drucksache [21/304](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Drucksache [21/378](#))
28. Polizeiarbeit der Zukunft – mit KI und Köpfchen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2024
(Drucksache [21/320](#))
29. Wir bitten zu Tisch! – Weniger Isolation durch mehr Angebote für ältere Menschen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/327](#))
30. Kostenübernahme von körpermodifizierenden Maßnahmen für trans* Menschen
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/330](#))

31. „Polizei 4.0“ – mehr Sicherheit durch digitale Ausstattung im Einsatzdienst
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 5. April 2024
(Drucksache [21/363](#))